

Mit Rat, Staat und Tat

konkret-utopischer Vorschlag für den ökosozialistischen Transformationsprozess

von Dr. Thomas Friedrichs

Utopos

Im Folgenden soll versucht werden, einerseits einen Baustein zu einer ökosozialistischen konkreten Utopie zu entwickeln, andererseits gleichzeitig auf einer Metaebene die Bedingungen dafür auszuloten, philosophisch mit Kant gesprochen: den transzendentalen Rahmen für die Bedingungen der Möglichkeit von Systemveränderung, radikaler sozial-ökologischer Transformation und eben Ökosozialismus zu skizzieren.

Wenn wirklich ein neuer Weg in ein sozial-ökologisches Gesellschaftssystem, für den Kapitalismus-, Markt- und Eigentumskritik kein Tabu sind, beschritten werden soll, dann muss ein Utopos, ein utopischer Ort, von vornherein für den Transformationsprozess ausgemacht werden, wobei Ort hier nicht nur räumliche, sondern auch situative, personelle, organisatorische und thematische Bedeutung hat. Es kommt darauf an, im System, in dem wir nun mal drinstehen, einen möglichst systemunabhängigen Ort zu finden oder zu schaffen, ein Ort, der im Sinne Ernst Blochs ein Novum darstellt, in dem möglichst wenig bekannt, vorgegeben, eingefahren, gewohnt und bestimmt ist, ein Ort der Möglichkeit für alles Mögliche.

Die drei gängigen Politikformen sind unzureichend

Wir haben es zur Zeit mit drei Politikformen zu tun, die zwar Transformationspotential haben könnten, die aber in mehrererlei Hinsicht an Systemgrenzen stoßen: die klassische Repräsentationsform über staatlich eingerichtete Institutionen (Parteien, Parlamente), hier kämen zur Zeit die Linken und die Grünen für legislativ durchzusetzende Transformationsprojekte in Frage; zweitens die unzähligen Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen für kleine, lokale und sinnlich erlebbare Transformationen der Infrastruktur vor Ort einschließlich alternativer linksökologischer Kleinunternehmen; drittens an Themen gebundene Politik-Kampagnen, die lokal und überregional gleichzeitig agieren, zB. die Anti-Kohle-Kampagnen, meist organisiert in NGOs.

Die klassische Repräsentationsform ist an numerisch messbare Wahlerfolge gebunden, an oberflächliche und teils wenig reflektierte Massenwirkung, an anonyme Großorganisation, an Pareidisziplin, an Images und tradierte Stereotypen, an Personenkult und Flügelkämpfe. Um zu ehrlich gemeinten und gut durchdachten politischen Zielsetzungen zu kommen, müssen alle diese Faktoren überwunden oder wenigstens für eine Entscheidungsphase in den Hintergrund gestellt werden können. Mutige transformatorische oder gar systemüberwindende Schritte sind hier unwahrscheinlich.

Die Bürgerbewegungen können vor Ort vielleicht neue Lebens- und Arbeitsmuster ausprobieren, diese sind aber zufällig und kontingent, sie hängen von den ökonomischen, finanziellen, ökologischen, räumlichen, infrastrukturellen, sozialen Umständen der betreffenden Personen und Ortsteile ab, sie sind nicht übertragbar auf eine die Bevölkerung integrierende generelle politische Leitlinie. Transitorische Vor Ort-Projekte haben weder Zugang zu öffentlich-politischen Entscheidungsträgern noch zu kommunalen Verwaltungsabläufen und erst recht nicht zu Unternehmen ab einer bestimmten mittelständischen Größe, selbst wenn sie lokal ansässig sind. All dies könnte natürlich zufällig bei einzelnen Personen der Fall sein, dann hat man eben Glück und Vitamin B zu Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien. Aber das ist weder garantiert noch überhaupt in das politische Selbstverständnis solcher Bewegungen und Gruppierungen eingebaut. Vor Ort oder der Vorort ist eben nicht der Utopos, der alles ermöglichende Nicht-Ort.

Die Politik-Kampagnen der NGOs wiederum haben einerseits nicht die institutionelle Kraft zur Transformation, andererseits nicht die Erdung, den lebenspraktischen Bezug wie die lokalen Bürgerbewegungen. Ihre Stärke ist der gedankliche Utopos in den politischen Forderungen, die allerdings meist auch keinen utopischen Gesamtzusammenhang herstellen, sondern sich auf ein gerade prominentes Einzelthema spezialisieren, für das sich eben mobilisieren lässt und das dann allerdings meist auch den Kern utopischen Weiterdenkens in sich trägt.

Rat und Rätssystem

Der Utopos könnte ein Rat bzw. ein System von Räten sein. Sprachlich hat der Begriff Rat schon drei Dimensionen: Es ist der Ort, an dem sich Personen treffen, um miteinander zu sprechen, zu diskutieren, sich zu informieren, zu verhandeln und Entscheidungen zu treffen; es ist die Person, die dazu bereit ist, das Ratsmitglied; es ist das kommunikativ hergestellte Ergebnis der Ratstätigkeit, eben der Rat, der als Vorschlag der sozialen Umwelt des Rates mitgeteilt wird. Beim Begriff Rätssystem oder Rätedemokratie denkt man

zuerst an sozialistische Gesellschaftsformen von den Sowjet-Räten über die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Revolution 1919 bis hin zur aktuellen politischen Situation in Rojava in Nordsyrien, wo sich gerade aus den Kriegswirren heraus rätendemokratische Strukturen entwickeln. Es gibt aber auch in verschiedenen Zusammenhängen Räte in der kapitalistischen politischen Realität, auch wenn andere Wörter dafür gebraucht werden (Gremien, Ausschüsse, Kommissionen, Komitees, Tagungen, Kongresse usw.), Räte auf der UN- und der EU- Ebene, im Verfassungssystem den Bundesrat, den von der Bundesregierung eingesetzten Nachhaltigkeitsrat, den WBGU usw..

Wenn nun ein neues Ratssystem von unten von Bürgern selbst entsteht, in welchem die Transformationsfrage vorbehaltlos thematisiert wird, so wäre dies ein noch nicht starr definierter, ein offen bleiben könnender Ort für neues Denken, umfassende Perspektiven und übergreifende Lösungsvorschläge, ein institutionelles und inhaltlich-thematisches Novum, ein Utopos der Möglichkeit nach, also einer, der nicht wie die Insel der Seligen im morgendlichen Dämmerlicht plötzlich fertig vorgefunden wird, sondern der durch die kommunikativ-praktische Tätigkeit der Räte zum Entstehen gebracht werden kann. Er müsste drei Eigenschaften haben, die ihn zu einem Utopos der Möglichkeit nach machen: erstens die **Konzilianz**, das ist die Bereitschaft, vorbehaltlos über alles, was zum Transformationsthema aufgebracht werden kann, zu sprechen, zweitens die **ganzheitliche Konkretion**, das ist die Einsicht in die Tatsache, dass das Gesellschaftssystem im Zusammenhang seiner Teilelemente sowie im Zusammenhang seiner Entstehungs- und Veränderungsbedingungen gesehen, analysiert, überprüft und neu gedacht werden muss, drittens die **Performativität**, das ist die Einsicht in den Prozess der Entstehungsbedingungen von Utopie, die schon im Moment des Sprechens im Utopos über den Utopos beginnt. Diese drei Dimensionen sollen im Folgenden näher ausgeführt werden

Konzilianz

Die Konzilianz ist die Bereitschaft, möglichst offen und zwanglos in eine kollektiv organisierte Redesituation hineingehen zu wollen. Der Teilnehmer muss alles sagen dürfen, er muss die Bereitschaft voraussetzen können, dass ihm zugehört wird, dass sein Gegenüber das Gesagte verstehen will, dass beide (bzw. alle) einen Konsens zum Ende der Diskussion hin zumindest für möglich halten. Diese Bereitschaft ermöglicht eine Situation, die Habermas als „herrschaftsfreie Kommunikation“ bezeichnet hat. Konzilianz ist also Konsensbereitschaft in und zu herrschaftsfreier Kommunikation. Mindestens zur Hälfte muss diese Haltung neben den strategischen Redeabsichten stehen, die darauf abzielen, in möglichst günstigen Kompromissen die eigene Meinung oder Interessenlage durchzusetzen.

Das berührt die Frage nach dem transformatorischen Subjekt. Das revolutionäre Subjekt bei Marx reißt die Macht an sich, weil es aufgrund seiner Interessenlage als ausgebeutete Klasse in der Mehrheit ist und entsprechend diese Interessenlage zum Ausgangspunkt eines Gesellschaftsumbaus machen will. Das ist, wie wir wissen, zumindest in Deutschland nie passiert. Das konziliante transformatorische Subjekt will die Interessen- und Problemlagen zunächst einfach nur vollständig zur Sprache bringen und diskutieren. Es ist also bedacht darauf, Rederäume zu schaffen, in denen derartige herrschaftsfreie Kommunikation überhaupt stattfinden kann. Der Moment des Sprechens, die Reaktionsweisen, die Argumente in ihrer Wirkung, die Abläufe des Sprechens sind genauso wichtig wie die vorgefassten Inhalte, die die Sprecher im Kopf haben. Der Redeinhalt schwebt vielleicht abstrakt im Raum, der Rederaum selbst ist schon konkreter, da er die Redeinhalte kommunikativ und sozial integriert. Er liegt näher am Aktionsraum, also an den aus den Vorschlägen folgenden Handlungen, als der pure Inhalt selbst, performativ gesehen ist er schon der Aktionsraum, wie weiter unten gezeigt wird.

Im Parlament trifft der linke Abgeordnete auf den Liberalen, indem beide nacheinander ihre Rede ins Plenum halten, sie monologisieren, das Publikum mit ihren Argumenten konfrontierend, aber sie reden nicht miteinander oder wenigstens aufeinander ein. Sie spielen ihre Rolle als Fraktionsangehörige(r). Im Rat dagegen müssen die Mitglieder intensiv und wiederholt im Dialog sein, sie müssen zu Ergebnissen kommen, sie dürfen und müssen die Themen so besprechen, dass traditionelle Denkreflexe, Tabus und Unsagbarkeitsgrenzen immer wieder transzendiert werden können und müssen, sie lassen ihre alten institutionellen Rollen los, changieren vielleicht, erfinden sich neu in der Metarolle einer Institution, die das drängende Thema Ökologie noch mal von vorne und gleichzeitig ganz neu denkt. Ein Unternehmer muss hier vielleicht sein Unternehmen als etwas denken können, das in ganz neue Produktionsstrukturen kommen kann einschließlich der Konsequenz, dass es in dieser Form vielleicht gar nicht mehr „sein“ Unternehmen sein wird, ein arbeitender Konsument muss sich klar machen können, dass seine stetig ansteigenden Gehaltsansprüche mit den Klimazielen ebenso wenig vereinbar sind wie die überholten Profitstrategien des Unternehmers, der neben ihm sitzt. Beide sollen das eine Richtige suchen wollen, das für alle gleichzeitig das Beste ist. Ein den Staat vertretender Politiker muss sich auf die Frage einlassen können, ob das

nationale Selbstbild als wohlstands- und ressourcensichernde Exportnation das entscheidende Ziel in der Kooperation mit anderen Nationen sein kann. Tabufreier Rederaum, in welchem all dies zur Disposition steht, ist erst der wirklich konkrete und ganzheitliche dynamische Einstieg in eine auf Gemeinwohl gerichtete Ökonomie, demgegenüber einzelne politische Ziele nur partikular, statisch und im nächsten Moment vielleicht schon überholt sein können. Pathetisch gesagt, muss der Teilnehmer die Rolle eines Weltbürgers einnehmen, dem wirklich darum zu tun ist, für alle Menschen und sonstigen Geschöpfe der Erde das Sinnvollste, Gerechteste und Bestmögliche herauszufinden und das dann auch ohne tabuisierte Systemgrenzen über diese hinweg in transformatorische Handlungsabläufe zu bringen. Einzelne um Nachhaltigkeit bemühte Wissenschaftlergruppen versuchen das schon in Netzwerken, z.B. das „Forum für Verantwortung“ oder eben das „Netzwerk Ökosozialismus“.

Ganz bewusst sollten alle politökonomischen Interessenbereiche in Gestalt gesellschaftlicher „Rollen“ im Rat vertreten sein, möglicherweise nach Quotenregelung. Man stelle sich vor, entsprechend interessierte Akteure würden beispielsweise einen Energierat etablieren wollen. Für diesen wären das folgende Gruppen: Arbeitnehmer aus dem Sektor, in Energiekonzernen, kleinen Energiebetrieben und kommunalen Energieversorgern, entsprechend ebenso Managementvertreter aus diesen Betrieben, Vertreter aus dem öffentlichen Bereich, aus Politik und Verwaltung, die nicht unbedingt in Energiebetrieben beschäftigt sind, außerdem nicht im Sektor arbeitende Bürger in ihrer Rolle als Konsumenten von Energie und ihrer Rolle als engagierte Bürger in Bürgerbewegungen, NGOs oder lokalen Subsistenzinitiativen. Diese vier Interessengruppen könnten paritätisch den Rat stellen, z.B. 5 Personen aus jeder Gruppe, so dass 20 Personen zustande kämen. Durch diese Besetzung würde ein politisches Kräftefeld entstehen, das alle Interessensphären abdeckt, ohne dass aber dabei eine bestimmte politische oder gar parteipolitische Linie vorn vornherein absehbar wäre. Die Ratsmitglieder müssen sich nicht nur unbedingt immer „neutral“ oder „objektiv“ verhalten, sie müssen aber damit einverstanden sein können, dass ihr Herkunftsinteresse, z.B. als Vertreter der Arbeitnehmer oder aber der Geschäftsführung, nicht identisch ist mit einem ganzheitlich gedachten Gemeinwohl-Interesse. Das Ringen um Wege für ein ganzheitliches gemeinwohl-orientiertes Wirtschaften soll ja eben überhaupt erst das Motiv für die Mitgliedschaft in einem derartigen Rat sein. Die Interessen- und Verantwortungslinien überkreuzen und überschneiden sich, das Ratsmitglied muss denken wie ein planender Unternehmer, wie ein Politiker, wie ein arbeitender (oder auch arbeitsloser) und konsumierender Durchschnittsbürger („Übernehmer“ statt Unternehmer), wie ein Vertreter der armen Regionen der Welt, alles gleichzeitig.

Zum utopischen Impetus der Räte-Konzilianz gehört dann, dass die übliche Frage an sich selbst „Genüge ich auch gut der funktionalen gesellschaftlichen Rolle, die ich bisher im Alltag ausfülle?“ ersetzt wird durch die Frage: „Wie kann ich die neue Rolle, die übergreifende Meta-Rolle als verantwortlicher Weltbürger im Rat gut ausfüllen, wer kann ich mit den anderen hier zusammen werden?“ Diese Rollen- und Identitätsfrage ist unabdingbar für die konziliante Suche nach vernünftigen Konsensen. Die funktionale Rolle, die den Systemimperativen entspricht, muss zunehmend in eine gruppenspezifische Rolle umgewandelt werden, die mehr den kommunikativ vermittelten vernünftigen Konsenserwartungen in der konkreten Rats-Situation entspricht. Der innere Identitäts-Auftrag, die anderen doch möglichst vom Standpunkt meiner Interessenlage zu überzeugen und, wenn dies nicht passiert, dann wenigstens den für meine Position günstigsten Kompromiss herauszuschlagen, muss durch die Fragen ersetzt werden: Wer bin ich im Rat? Wie (re)agiere ich? Auf welche Weise bin ich beteiligt am diskursiven Geschehen? Suche ich nach so etwas wie einem Gesamtzusammenhang, nach Vernunft, Wahrheit? Wie erlebe ich Dissense und Konsense, wie die Kompromisse? Wie weit bin ich affirmativ dem System gegenüber, wie weit revolutionär? In welche gruppenspezifische Rolle rutsche ich? Was sehe ich, wenn ich mit all diesen Fragen auch die anderen beobachte? Mit dem institutionellen Novum des sozialökologischen Transformationsrats und dem thematischen Novum neuer gesellschaftlicher Wege angesichts sich verschärfender sozialökologischer Krisen muss das Novum veränderter Rollen- und Identitätsmuster der Räte im Sinne der Ratsmitglieder einher gehen.

Konkretion

Der Rat muss zweitens konkret sein im Sinne konkreter Utopie. Er muss ganzheitlich und zusammenhängend sowohl die polit- und sozioökonomischen Bereiche, Sektoren, Interessenlagen, in der Sprache der interaktionistischen Soziologie eben die funktionalen gesellschaftlichen Rollen umfassend in den Blick nehmen wie auch die bisherigen und potentiell neuen Nachhaltigkeitsstrategien der Effizienz und Konsistenz (ökonomisch durch Unternehmensentscheidungen, politisch durch Gesetze), Suffizienz (Konsument, Alltagsbürger durch nachhaltigen und auch weniger Konsum), Konzilianz (ganzheitlich-gemeinwohlorientierte Systemtransformationen).

Dies erfordert einen Perspektivwechsel vor allem im Blick auf die ökonomischen Prozesse. Nur ein geplanter Gesamtüberblick über Produktionsschritte kann nachhaltig sein, bei Einzelinteressen ist Nachhaltigkeit immer nur ein zufälliger Nebenfaktor, wenn er überhaupt ins Spiel kommt. Ein koordiniertes Gesamtgeschehen kann Ressourcen und Energie sparen. Bei der Planung einer Reise von 50 Personen beispielsweise ist der individuelle Energieverbrauch um ein Vielfaches höher als die abgestimmte Reise der Personen in einem Verkehrsmittel zur gleichen Zeit. Die beiden ökonomischen Größen „Steigerung der Betriebsgröße“ und „Transportweg“ haben im Hinblick auf Nachhaltigkeit einen optimalen Punkt, wo eine zweite Produktionseinheit genau dann entstehen sollte, wenn der Ressourcenverbrauch dabei geringer ist als durch die Ausweitung des Transportwegs zwischen den bestehenden Produktionseinheiten. Im Gegensatz etwa zur betriebswirtschaftlich entscheidenden Preis-Mengen-Kurve ist die Produktions-Transport-Kurve aber jenseits des Interessenhorizonts des individuellen ökonomischen Akteurs. Zwar sind Standortentscheidungen bei multinationalen Konzernen Ergebnis betrieblicher Pläne, aber dieser ist nicht abgestimmt mit anderen vergleichbaren Akteuren, im Gegenteil, der konkurrierende Konzern soll es möglichst anders und etwas schlechter machen. So werden gleichartige Produkte tausende Kilometer aneinander vorbei transportiert statt hier kooperativ eine Gesamtlogistik zu entwickeln. Dies kann nur ein überbetrieblicher „neutraler“ Akteur, der neutral wiederum nur im Plural sein kann, also als kollektiver und demokratischer Entscheidungsprozess.

- Ein potentieller Energierrat, man könnte ihn vielleicht auch Klimarat nennen, die Kreativität der Rätegründer wäre hier gefragt, hätte vor allem die Aufgabe, Energie- und Ressourcenbedarf mit ökologischen Fragen abzugleichen. Er muss Vorschläge dazu entwickeln, wieviel Energie überhaupt angesichts ökologischer Schäden und begrenzter Ressourcen verbraucht werden darf, wie hoch letztlich also das Wohlstandsniveau sein soll. Limits für ökologisch vertretbare (im wahrsten Sinne) Fußabdrücke müssen anvisiert werden. Dies im internationalen Maßstab, um globale Gerechtigkeit herstellen zu können. Die Reduzierung materiellen Wohlstands wird erforderlich sein, der Rat (die Räte) müsste(n) Zumutbarkeitsgrenzen vorschlagen. Sowohl für einzelne Betriebe wie für den ganzen Sektor hätte der Rat zu folgenden zentralen Punkten Vorschläge zu machen oder Stellungnahmen vorzulegen:
- optimale Versorgung (Qualität) unter neuen Nachhaltigkeitsbedingungen
- faire Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten auf allen Kompetenzstufen
- faire und sinnvolle Geld- und Kapitalverteilungen
- Vernetzung/Kooperation der Unternehmen untereinander, sinnvolle Arbeitsteilungen
- Transparenz und demokratische Fundierung der wichtigen (sozio)ökonomischen Entscheidungsprozesse
- Gewährleistung ökologischer Nachhaltigkeit (Minimierung von Energieverbrauch, Müll, Emissionen usw.) einschließlich Verbrauchsgrenzen (Fußabdruck pro Kopf)
- faire und sinnvolle Preise
- Neuorganisation von Betriebseinheiten (Zusammenlegung, Kooperation, Umstrukturierung, Schließung, Neugründung usw.)
- entsprechend eine Neuverteilung von Arbeit
- Systemeffizienz (Vereinfachungen der Produktions- und Distributionsstrukturen).
- die Erosion des Wachstumsbegriffs: herkömmliche materiell-quantitative BIP-daten werden ersetzt durch Überlegungen zur Sicherung der postmateriellen oder sogar immateriellen Lebensqualität der Bürger (Wie wird Wohlstand definiert, was ist herstellbar, was nicht, was können wir uns leisten, wie kann immaterieller Wohlstand gefördert und kultiviert werden?)
- gemeinwohlverträgliche Linien zwischen den Steuerungsmechanismen Markt bzw. Plan werden gezogen, wobei Plan wiederum Staat oder aber Rat, also gesellschaftlich-bürgerschaftliche Entscheidungsträger, heißen kann
- Wie werden die bereits eingetretenen Folgen des Klimawandels „bekämpft“, verarbeitet und verantwortet? (Geldzuwendungen, Verteilung von Reduktionsgeboten von CO₂ u.ä., entwicklungs- und handelspolitische Vorteilsgewährung mit Entwicklungsländern, Artikulationsmöglichkeiten und Interessenvertretung von besonders Betroffenen)
- Wie sollte ein globales solidarisches Produktions- und Verteilungssystem aussehen?
- Positive Zielbestimmung: Was ist letztlich das optimale Verhältnis des Dreiecks Mensch-Natur-Mensch? Ein Prozess der allmählichen Veränderung tief habitualisierter menschlicher Verhaltensweisen muss in Gang gesetzt werden, wobei der demokratische Diskurs dann mit diesem Prozess zusammenfällt.

Angesichts einer solchen Liste ist klar: Kein noch so versierter Rat aus 10, 20 oder 30 Personen wird diese anstehenden Fragen abschließend beantworten oder „lösen“ können. Aber vorläufige Ansätze, Ideenpakete, Vorüberlegungen, Votensammlungen, Denkrichtungen können erarbeitet werden, die dann zur weiteren Bearbeitung anstehen. Es würde aber auf jeden Fall ein anderes Denken, ein anderer Geist entstehen als die traditionelle ideologische Rede über „Rahmenbedingungen“ oder „politische und ökonomische Instrumente“. Die existentiellen Lebensgrundlagen der Bürger, die Weltbürger werden müssen, selbst stünden zur Diskussion.

Performativität

Mit der Unabgeschlossenheit der Ratsergebnisse komme ich zum dritten Aspekt des Räte-Gedankens, der Performativität. In der Grammatik meint dieser Begriff, dass es Verben des Handelns gibt, die im sprachlichen Gebrauch gleichzeitig die Handlung vollziehen. Beispiele wären: „Ich wünsche dir viel Glück zum Geburtstag“ oder auch „Ich möchte dir zum Geburtstag gratulieren“; „hiermit ernenne ich Sie zum...“; „hiermit taufe ich das Kind auf den Namen...“; „ich muss dir ein Lob aussprechen...“; „hiermit kündige ich ...den Arbeitsvertrag, Kaufvertrag, Mietvertrag.....“ usw.. Was hier zuerst vorhanden ist, ist die Sprache, sind Wörter, vor allem Verben, und Sätze. Diese haben aber die Kraft, intersubjektiv Handlungssituationen zu schaffen, zu verändern, zu institutionalisieren. Durch den von allen Beteiligten akzeptierten Sprachakt, ob schriftlich oder mündlich, werden Tatsachen geschaffen, werden Entscheidungs- und Lebenswege kreiert. Habermas hat in seiner Theorie des kommunikativen Handelns versucht, diese performative Sprachkraft zum Ausgangspunkt einer Gesellschaftstheorie zu machen. Abgeleitet von performativen Verben stellen wir in allen Sprachhandlungen permanent verschieden Arten von Geltungsansprüchen, die dann die soziale Wirklichkeit prägen, wobei wahrhaftes Kommunizieren immer von vornherein auf gegenseitiges Verstehen, auf die Möglichkeit eines Konsens gerichtet ist. Orte wahrhaften Kommunizierens sind dann Orte „herrschaftsfreier Kommunikation“. Diese müssen allerdings bewusst immer wieder hergestellt werden.

Konziliante und konkret-utopische Räte könnten ein derartiger performativer Ort sein. Die meist ratlos machende Transformationsfrage „Wie kommen wir von richtigen Erkenntnissen über die durch Macht und Herrschaft gekennzeichnete Gesellschaft zur Umsetzung dieser kritischen Erkenntnisse und Ziele“ könnte performativ angegangen werden. Im sprachlichen Handeln der um eine freie, sozialökologische Gesellschaft bemühten Räte wird diese schon potentiell Wirklichkeit. Die Sprach- und Bewusstseinsakte sowie die organisierte Koordination diverser Räte im dreifachen Sinn (als Institutionen, als Personen, als vorgeschlagene Denkinhalte) sind per se schon zumindest der Einstieg in die gesellschaftliche Alternative, die eben doch möglich ist, sobald Redeverbote und -tabus gelockert werden. Der Rätegedanke ist im Sinne Kants transzendental, er ist die Bedingung der Möglichkeit für utopisches Sprechen, utopisches Handeln, die Konstitution einer anderen utopischen Gesellschaft und auch für das Betreiben dieser dann entstehenden Gesellschaft selbst. Deswegen gibt es keine Schnitte oder Zäsuren oder plötzlichen eruptiven Umwälzungen, die die utopisch-hoffenden Menschen staunend und euphorisch begrüßen könnten. Das Entscheidende ist, dass sich diese Menschen zu konziliantem, konkret-utopischem und performativem Sprechen entschließen und zusammentun; allein dieser Akt schon sorgt für richtiges Bewusstsein in diesem Moment, selbst wenn es zunächst nur darin bestünde, die Suche nach diesem Bewusstsein zu sein. Selbst wenn es hierzulande politische Eruption, Rebellion, Revolution gäbe, müssten deren Betreiber genau dasselbe tun wie wir jetzt im status quo: sich beraten, was denn jetzt das Beste ist, wie die gewonnene Machtposition für die Etablierung neuer möglichst breit konsensfähiger gesellschaftlicher Strukturen genutzt werden kann. Eine errungene Machtposition erzeugt aber sofort einen Systemdruck; viel Energie muss in das selbstreferentielle Bestreben gehen, diese Machtposition auch unangefochten zu behalten und nicht wieder gestürzt zu werden. Ohne diese Dramatik können Menschen, die einen Rat bilden wollen, sich ganz auf die komplexen gedanklichen Panoramen neuer Vergesellschaftungsweisen konzentrieren; die Machtfrage verlagert sich mit der Intensivierung des Rätewesens in die jeweils aktuellen Vorgänge des Sprechens, in die harten Diskussionen, Verhandlungen, Argumentationsstrategien, aber auch die weichen Verstehens- und Verständigungsprozesse.

Wie also beginnen? Auf die einfachste Weise: Indem Menschen, die politische Subjekte sein wollen, sich zu einem transformatorischen Rat selbst ermächtigen. Sie müssen auf nichts warten, sie brauchen kein Mandat, sie müssen keine besonders günstige Situation abpassen, sie müssen nicht vorher etwas erkämpfen. Der politische Kampf besteht lediglich im entsprechenden – allerdings auch mühsamen - Engagement, sich selbst zum Rat zu organisieren. Eine Vielfalt der Rätebildung auf inhaltlicher, personeller, organisatorischer, zeitlicher Ebene könnte entstehen. So wie die Menschen sich im lebensweltlichen Alltag Vereine, Clubs, Stammtische schaffen, könnten sie auch Vereinigungen bilden, die

das Ziel haben, Gesellschaft im Hinblick auf Nachhaltigkeit neu zu denken und zu planen. Am ehesten würden diese zunächst spontanen und improvisierten „Räte“ auf unterster Ebene wohl entweder aus lokalen ökologischen Subsistenzbewegungen wie etwa der Solidarischen Landwirtschaft oder kleiner Energiegenossenschaften oder aber aus lokalen Ablegern der NGOs wie BUND oder Attac hervorgehen. Im ersten Fall wären die Arbeitsergebnisse wahrscheinlich anfänglich sehr pragmatisch auf die tatsächlichen Subsistenz-Aktionen bezogen, im zweiten Fall theoretischer und von den Leitlinien der NGOs hergeleitet. Entscheidend wäre, dass neben diesen konkreten Anteilen in den Gesellschaftskonzepten auch der utopische Anteil drin ist, das heißt, ihre Ideen vor Ort müssen den Utopos, den neuen Noch-nicht-Ort anvisieren, also als neuer gesellschaftlicher Zusammenhang universalisierbar und „für alle“ gültig sein können. Der Blick muss über den Tellerrand spezifischer Interessen und lokaler Gegebenheiten hinausgehen, er muss neben dem Blick auf die eigene Mahlzeit auch den Blick auf die Teller derjenigen richten, die sonst noch mit am Tisch sitzen. Im Grunde ist es das einfache ethische Postulat des kategorischen Imperativs, dass dieses Rätedenken beseelen muss: Können die Lebensmuster, die Produktions- und Konsummuster der Gesellschaft die aller anderen sein? Kann ich das, was ich mir gönne oder zumute, auch allen anderen gönnen oder zumuten? Ziel der Arbeit muss ein Gesellschaftsvertrag im Kleinen sein, eine Agenda, ein Manifest, ein X-Punkte-Plan, ein Thesenpapier, ein Entwurf, ein Modell, mindestens ein Ergebnisprotokoll – ein auf ein paar Seiten umrissener verschriftlichter Utopos eben. Der hätte natürlich einen enormen Vorschuss an abstrakter Utopie; konkret daran wäre aber erstens, dass er die Willensbekundung eines Anteils der Gesellschaft in Form einer überschaubaren konkreten Gruppe ist, dass er einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhang herstellen will, dass er drittens auf den Erfahrungen bereits in utopische Richtung engagierter Bürger beruht. Es versteht sich von selbst, dass diese wildwüchsigen, unmittelbar aus dem Volk kommenden Basisräte sich vernetzen und austauschen müssten. Es käme dann darauf an, die utopischen Entwürfe zu vergleichen und jeweils mit Vertretern auf einer zweiten Ebene zu diskutieren, um erstens sich von den anderen inspirieren zu lassen und zweitens zu kleinen gemeinsamen Nennern zu kommen. Es könnte auch einfach alles gesammelt werden und digital veröffentlicht werden, die am wenigsten aufwändige inhaltliche Arbeit würde darin bestehen, Redundanzen herauszunehmen, so dass jede einzelne Aussage aus sämtlichen teilnehmenden Räten mindestens und auch höchstens einmal enthalten ist. Entscheidend wäre dabei zunächst nicht einmal die Hierarchieebene oder die Durchsetzungswahrscheinlichkeit eines Rates als einzelner Vorschlag, als einzelne Person und als einzelne Gruppe, sondern der grundlegende Perspektivwechsel im Selbstbild, im Rollenverständnis, im Habitus der beteiligten engagierten Bürger: vom defätistischen und orientierungslosen politischen passiven Abwarten hin zur Haltung, dass ich selbst es bin, der genau wie jeder noch so systemwichtige Funktionsträger auch eine Vorstellung davon generieren soll und darf, wie es denn in der Gesellschaft sein soll. Habe ich jemals versucht, eine solche Vorstellung zu entwickeln? Wenn ja, habe ich versucht, das irgendwo auszusprechen? Wenn ja, bin ich interessiert daran, zu sehen, ob und inwiefern ich in meinen Vorstellungen mit den anderen übereinstimme oder nicht? Wenn ja, habe ich versucht, meine – auch durch die anderen inspirierten – Vorstellungen systematisch festzuhalten und mit anderen zusammen nach vorne zu bringen? Wer diese Fragen bejahen kann, hat den Einstieg in konkrete Utopie gefunden, ist bestens vorbereitet auf effektive Rätearbeit hin zu einer demokratisch-nachhaltigen Rätegesellschaft, in der nichts bleiben muss, wie es ist, wenn es sich als Wille der Räte-Denker herausstellt.

Aber das ist natürlich ein langer Weg. Die lebensweltlichen Basisräte oder Bürgerräte müssen versuchen, Vertreter systemrelevanter Institutionen aus Politik, Wirtschaft, Verbänden, Verwaltung, Wissenschaft, Medien in ihren Rätediskurs hineinzuziehen. Man kann sie einladen, sie selbst aufsuchen, anschreiben, als Mitglieder eines neu zu bestimmenden Rats vorschlagen. Am ehesten ließen sich natürlich Personen aus dem linken Spektrum, aus Institutionen, die für Gesellschaftstransformation ohnehin offener sind, dafür gewinnen. Das würde zu einer Homogenisierung, einem inhaltlichen Austausch, zu einer Vernetzung und Stärkung kritischer Kräfte führen.

Die entscheidende Hürde ist aber die Frage, ob es gelingt, Vertreter aus Bereichen in den Rätediskurs zu ziehen, die an den bestehenden Verhältnissen ein besonderes Interesse haben, die großen Unternehmen, Kapitalbesitzer und ihre Funktionäre in Politik und Verbänden. In der Regel stellen sich diese Personen bekanntlich nicht ohne weiteres zur Verfügung, wenn linke Politiker, kritische Journalisten und Wissenschaftler oder kritische NGOs öffentlich Fragen an sie richten oder ehrliche Stellungnahmen von ihnen erhalten wollen. Sie weichen aus, sagen Unwahrheiten, dementieren, verdrehen, geben nichtssagende und folgenlose Lippenbekenntnisse ab oder versuchen, ihre Interessenposition ideologisch als allgemein notwendig zu legitimieren, wenn sie überhaupt bereit sind, sich zu äußern. Ihre Art zu sprechen ist der Lobbyismus, mit ausgefeilten und auf eine Sachfrage zurechtgeschnittenen juristisch vorbereiteten Expertisen, in gediegenem korruptiven Ambiente, mit vertauensbildenden personenbezogenen und einschmeichelnden Maßnahmen, aber auch mit ideologischen Nötigungs- und Erpressungsversuchen. Es

käme darauf an, diese Systemvertreter in die Höhle des Löwen zu bringen, in eine engagierte, gesellschaftskritische Gruppe von Bürgern im Utopos, im Noch-nicht-Ort. Vielleicht wäre es aber auch zunächst für diese Gruppe ein Schuss nach hinten, vielleicht würde der Systemvertreter versuchen, paternalistisch sich auf seine „realistischen“ Erfahrungen berufend, den „Ahnungslosen“ und „Naiven“ die aus seiner Sicht „wirkliche“ ökonomische Welt mit all ihren Erfordernissen zu erklären, die nun mal ganz anders laufen als die lieb gemeinten, aber leider „abgehobenen“ Vorstellungen der kritischen Gruppenmitglieder. Er würde also wahrscheinlich den Löwenbändiger in der Höhle des Löwen spielen wollen, wenn er sich schon herablässt, in diese hinunterzusteigen. Und vielleicht – hätte er damit vorläufig teilweise Erfolg; einige kritische Geister würden vielleicht beeindruckt einknicken und von ihren utopischen Vorstellungen ein ganzes Stück wieder zurückrudern. Aber selbst wenn das so passieren würde, wäre das Novum eines derartigen Dialogs eine fundamental neue demokratische Qualität. Denn die lebendig und authentisch vorgetragene Argumentationskraft für eine Gesellschaft, in der sozialökologische Dimensionen Priorität vor Profit- und Marktbeherrschungsinteressen hätten, würde umgekehrt auch an einem hartgesottenen Unternehmer, der sich überhaupt einer solchen Diskussion stellen würde, nicht spurlos vorbeigehen. Er müsste sich auch überlegen, ob Bürger dieser Art künftig weiterhin als Manipulationsobjekte für ökonomische Strategien, als Hinweisgeber für marktkonforme Innovationen, als aufmüpfige Arbeitnehmer und Konsumenten, als Verhandlungs- und Dialogpartner oder sogar als Kooperationspartner im Aufbau neuer sozioökonomischer Strukturen zu sehen wären. Die Bürger-oder Rätegruppe könnte nach diesen Gesprächserfahrungen ihren Utopos weiter erden und passgenauer an den status quo andocken. Beide Seiten müssten ihre Positionen hinterfragen und noch einmal von vorne ganz aktuell behaupten. Hic Rhodos, hic salta hieße es jetzt, ganz ohne den schützenden Rahmen einer Rolle und Gruppe, die sowieso meiner Meinung ist und alles unterstützt, was immer ich auch vorschlage. Perspektivwechsel dieser Art wären für keinen Beteiligten ein Risiko, denn der Utopos würde ohnehin vorerst lediglich im Schatten der üblichen mehr oder weniger starren politischen Interessen- und Verteilungskämpfe mit bloß lose implementierter ökologischer Dimension stattfinden. Sowohl der kritische Ratsbürger als auch der systemkonforme Unternehmer hätten also die Möglichkeit, sich zwischen diesen beiden Ebenen, der traditionellen politischen und der neuen utopieträchtigen, hin und her zu bewegen.

Drei Dimensionen umfasst also dieser konkret-utopische Räteprozess. In der **konzilianen** Dimension geht es um die Personen, die Teilnehmer. Es geht um deren Rollen, deren bisherige Funktionen in der Gesellschaft, deren Bereitschaft zu herrschaftsfreier Kommunikation mit Konsensziel, darum, wer wen anspricht, aufruft, einlädt, vorschlägt, wer mit wem zu tun haben will, um Bewusstseinslagen, um Lebenssituationen. Es beginnt hier bei wenigen wirklich konzilianen Personen, auf die es bei der Etablierung einer Ratsgruppe ankommt. Wer ergreift die Initiative, wer schlägt Themen vor oder eröffnet den Diskurs, wer organisiert und plant? Wer wirbt für die Ratsmitgliedschaft in normalen Haushalten, bei Initiativen, Privatpersonen mit Expertise, bei Klima-, Natur-, Ingenieurs-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaftlern, öffentlich-rechtlichen Vertretern, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen, Verbänden, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Bürgerinitiativen, Medien, Künstlern? Die ersten bahnbrendenden Schritte der Etablierung des Rats wären selbst schon aktivistische Maßnahmen, sie sind äußerlich organisatorische Vorbereitung, performativ gesehen aber schon ein Demokratisierungsschritt. Das Bewusstsein der Menschen, die von diesem Vorgang erfahren, egal ob als konkret Angeschriebener und Angesprochener, als jemand aus diesem personellen Umfeld, als Interessent von außen, als Öffentlichkeit, wird durch die Absicht, durch den Versuch schon in die Richtung gelenkt, sich in eine kommunikative Metaebene hineinzudenken, die für einen Moment frei von Interessenlagen und konkreten Lebenssituationen ist; für alle, die sich auf diesen Prozess einlassen, ein propädeutischer Effekt. Schon die Vorstellung, da seien jetzt welche, die bereit sind, gegebene politökonomische Verhältnisse zu hinterfragen, um gemeinwohlorientiert das Beste für alle zu suchen und auch zu finden, könnte ansteckend und inspirierend sein.

In der **konkret-utopischen** Funktion geht es um die Inhalte und Themen. Kommt der entstehende Rat von einem bestimmten Thema, einem subsistentiellen Nachhaltigkeitsprojekt her, das dann universalisiert werden soll? Entsteht der Rat für eine bestimmte Branche, für Energie, Landwirtschaft, Verkehr, Finanzmärkte, Industrie, kleines Gewerbe, Wohnen, Bereiche der Daseinsvorsorge, Dienstleistungen? Oder geht es zuerst um ein aktuelles Streitthema, um politökologische und -ökonomische Kampagnen und Gegenbewegungen? Alles ist gut, wenn die Teilnehmer versuchen, von ihrem Thema ausgehend gesamtgesellschaftliche Anforderungen mit ihrem Thema abzugleichen und in Zusammenhang zu bringen. Eine Gesamtschau, ein Überblick, ein Masterplan, eine Leitlinie müssen erstellt werden. Die grundsätzlichen Fragen zum Wachstumsdenken, zu Konsum, zu Produktions- und Distributionsbedingungen müssen hier berührt werden,

natürlich immer im Wissen darum, dass dieser einzelne kleine Rat darüber nicht alles weiß und auch kein abschließendes Diktum bilden kann. Aber die Tendenz dahin, der Versuch dazu, die Perspektive darauf ist das Entscheidende. Besonders spannend und aufschlussreich ist die Frage, ob die Erstellung eines solchen Papiers traditionell nach dem Mehrheitsprinzip abgestimmt wird oder sogar Konsens ist. Hier gilt der Wahrheitsanspruch von Habermas, der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“, auf das sich früher oder später der herrschaftsfreie Diskurs einpendeln wird. Die Möglichkeit zu so etwas wie Wahrheit, wie Konsens, sieht man schon daran, dass die Vorschläge in der Transformations-Literatur sich oft ähneln, wiederholen und überschneiden. Wird der Konsens verpasst, so liegt das oft an einem Missverständnis, an einer ungeklärten Vorstellung über die utopische Tiefe des Utopos: Richten sich die Vorschläge auf bald umsetzbare Transformationsschritte (zB. durchgreifende Nachhaltigkeitsgesetze, nachhaltige Produktion unter Marktbedingungen, Ausbau öffentlich-nachhaltiger Infrastruktur), auf tiefer gehende Ziele (zB. breit angelegte lokale Selbstversorgung, Elemente von nachhaltiger Wirtschaftsdemokratie) oder gar auf absolute Utopie (ein vollständig „versöhntes“ friedliches Mensch-Natur-Mensch-Verhältnis, die Abschaffung von Eigentum und Geld, herrschaftsfreie Welt usw)? Den radikaleren Utopisten werden die Vorschläge der moderaten Utopisten zu „kapitalistisch“ vorkommen, umgekehrt werden letzteren die Vorschläge der ersteren als unrealistisch und entweder vorläufig müßig oder sogar als unmöglich erscheinen. Ernst Blochs Dialektik von Nahziel und Fernziel müssen hier thematisiert werden, mit welchem Arbeitsergebnis auch immer.

In der *performativen* Funktion geht es um die Organisation und den weiteren Ausbau der Räte. Wie kann das gesprochene und verschriftlichte Wort aus seiner vorläufigen Abstraktion performativ-konkret herausgebracht werden? Wie sind die entstehenden Räte miteinander in Kontakt, wie tauschen sie sich aus? Wie groß sind die Räte? Entstehen Wahlverfahren und wie sehen sie aus? Wie kann ein konzentrisch sich ausdehnendes Rätensystem entstehen, von „unten“ nach „oben“, vor Ort, kommunal, regional, bundesweit? In welchem Verhältnis stehen basisdemokratische zu repräsentativen Entscheidungsverfahren über die Teilnehmer? Auf welche Weise werden einzelne Ratsergebnisse veröffentlicht, weitergereicht, diskutiert, bearbeitet? Vielleicht gibt es einen Wettbewerb der Räte untereinander über den überzeugendsten Utopos. Wie weit entsteht ein Pluralismus der Räte, wie weit ist Vereinheitlichung erwünscht, wie pendelt sich die Schaukel von entstehender Komplexität einerseits und dem Bedürfnis nach Reduzierung von Komplexität andererseits ein? Es gibt keine vollständige Demokratie in dem Sinn, dass jeder mit jedem jedes diskutieren kann und muss. Wie laufen also dann die Informationsflüsse, so dass niemand das Gefühl hat, mit seiner Meinung nirgends berücksichtigt worden zu sein? Wir haben Angst vor solchen Situationen nur deswegen, weil wir nicht konzilient und ganzheitlich denken, weil wir nie etwas anderes als auf günstige Kompromisse zielende Partialinteressen kennengelernt haben.

Mit der Performativität steigt die Akzeptanz des Rätewesens bei den traditionellen System-Institutionen, mindestens aber der Druck auf diese, es zu akzeptieren. Die Räte wollen dann allmählich realen politischen Einfluss für ihre utopischen Vorstellungen; Utopos soll einen Ort bekommen, soll geboren werden. Die Räte werden und müssen dann darauf drängen, wenigstens in beratender Funktion von Politik und Wirtschaft anerkannt zu werden. Hätte sich wirklich ein umfassendes System von der Basis her aufgebaut, würden innovationsbereite Politiker und Unternehmer von selbst darauf zurückgreifen. Wenn das geschieht, ist die Machtfrage ganz neu gestellt. Für den Unternehmer, der unbeschadet und ohne wirkliche Konsequenzen aus der Höhle des Löwen herausgekommen war, wird es nun ernst. Wenn die Bürgervorschläge als beratendes und Einfluss nehmendes Gegengewicht zu den Parlamenten auftreten, ist der utopische Bürger auf Augenhöhe mit dem Unternehmer, für den dann eine Kooperation und eine Mitarbeit am utopischen Prozess von seiner Seite aus notwendig wird.

Schaffen die „obersten“ Räte es, gesetzlich ihre Anerkennung als neue politische Institution auf Verfassungsebene zu bewirken, wäre der Schritt in eine legislative Beteiligung geschafft. Utopie von dieser Fernziel-Reichweite kann aber nur konkret werden, wenn zu sozialökologischen Transformation motivierte Bürger intellektuell und organisatorisch Initiative ergreifen. Sie dürfen nicht mehr denken, dass Staat, Politik und Wirtschaft über ihre Köpfe hinweg von anderen, von Experten, Funktionären, Berufspolitikern, Kapitalgebern gemacht werden. Sie müssen den Gesellschaftsvertrag, der in der Moderne zu einem reinen Geschäftsprozess verkommen ist, zu Arbeits-, Kauf- und Tarifverträgen, wieder neu schließen wollen, Rousseaus Einzel- und Gesellschaftswillen wieder ganz neu ins Verhältnis zueinander setzen. Wenn ich dafür hier den Begriff „Übernehmer“ vorschlage, so ist mitgedacht, dass diese Bürger im liberalen Sinne etwas von der Unternehmerhaltung bekommen, der ja für Eigeninitiative und Verantwortung, aber auch Durchsetzungswillen steht, gleichzeitig aber auch den Unternehmern etwas abnehmen, sowohl den verantwortlichen Arbeitsprozess an der Gestaltung der Ökonomie als auch die profitablen Privilegien, die zunehmend auf planend-rationalem Weg – durchaus unter Mitarbeit der willigen und einsichtigen

Unternehmer - ins Gemeinwohlinteresse integriert werden könnten. Im Sinne der Machttheorie Foucaults würden Räte alte Machtdispositive ändern können, die durch eine Verstrickung von Diskurs (sprachlich, gedanklich, thematisch), Institution (Verfassung, Parteiensystem, Repräsentation, Eigentumsordnung) und Habitus (politisches Rollen- und Alltagsverhalten der Bürger) gebildet werden. Der Rat impliziert, wie dargelegt, schon sprachlich diese drei machtdispositorischen Dimensionen und kann sie als Konzilianz, ganzheitliche Konkretion und Performativität utopisch konkretisieren.

Aufgaben der Räte insgesamt

Oben habe ich die drei momentanen Politikformen benannt, die nebeneinander stehen. Der Rat kann diese drei Politikformen integrieren.

Er könnte den an Transformation interessierten Parteien inhaltlich zuarbeiten, sie demokratietheoretisch stärker legitimieren, Verantwortung für Entscheidungen mit ihnen teilen, wäre dabei aber von der drückenden Wählergewinnungslogik im Vierjahrestakt frei, er könnte mit dieser Freiheit zu radikaleren Forderungen und Vorschlägen Grüne und Linke herausfordern und ermutigen.

Kleine lokale urbane Transformationsprojekte könnten ihr politisches Profil über die Räte systematisch erweitern, einmal durch quantitative räumliche Ausdehnung ihrer Struktur in andere Regionen (als Vorbild, als Präzedenzfall, als Muster, als Exempel usw.), zweitens dadurch, dass sie ihre bereits gewonnenen Demokratieerfahrungen in wirtschaftssektorale Großräume hinein übersetzen (wirtschaftsdemokratische Konzepte für große Unternehmen).

Themen-Kampagnen schließlich können in den Räten dauerhaft bearbeitet werden und verlieren dadurch ihren Charakter kurzfristiger Strohfeuer. Außerdem wird ihr vorwiegender Protest-Charakter in konstruktive Aktionen umgedacht. Der Rat verantwortet die Antwort darauf (Antwort also im doppelten Sinn), wie es anstatt des geschassten Missstandes denn besser aussehen soll.

Auf einer demokratietheoretischen Ebene erfüllt der Rat (die Räte) also folgende Aufgaben:

- er vernetzt Politikformen, an Transformation interessierte einzelne Bürger, lokale dezentrale und überregionale zentrale Entscheidungsfelder
- er involviert erst einmal alle Interessengruppen der Bevölkerung, allerdings unter dem Vorzeichen, sich für Transformation statt für den die Partikularinteressen wählenden gesellschaftlichen Weg einzusetzen
- er setzt nicht zwangsläufig bei irgendeinem Politikfeld an, sondern zumindest der Möglichkeit nach im Zentrum politökonomischer Entscheidungsfindung, nämlich bei den Produktivkräften selbst
- er hat hier die Möglichkeit, jenseits von Kapitalverwertungszwängen und Profitlogik dieses Zentrum neu zu denken, zu gestalten, zu planen, würde also ordnungspolitisch einer Wirtschaftsdemokratie vorgreifen können
- er lotet unter diesem Selbstverständnis den seiner Meinung nach besten Weg einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft zwischen Marktelementen, Vergesellschaftungselementen und Planungselementen aus